

Stand: 20.04.2026 06:38:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/26943

"Asylkrise beenden - Bayerische Kommunen nicht im Regen stehen lassen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/26943 vom 14.02.2023
2. Beschluss des Plenums 18/27008 vom 15.02.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 136 vom 15.02.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Richard Graupner, Stefan Löw, Christoph Maier, Jan Schiffers**
und **Fraktion (AfD)**

Asylkrise beenden – Bayerische Kommunen nicht im Regen stehen lassen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erkennt die außerordentliche Notlage der bayerischen Kommunen angesichts der unkontrollierten Zuwanderung vollumfänglich an und fordert die Staatsregierung auf, ein Sofortprogramm zu ihrer unmittelbaren Entlastung zu schaffen.

Dazu sollen folgende Sofortmaßnahmen ergriffen werden:

1. Für sämtliche migrationsbedingte Kosten, insbesondere für die Unterbringung von Flüchtlingen, soll der Freistaat zunächst in Vorleistung treten. 100 Prozent der anfallenden Kosten sollen aus Mitteln des Haushalts übernommen werden, einschließlich sämtlicher Folgekosten, etwa für den Personalaufwand in der öffentlichen Verwaltung, in den Schul- und Bildungseinrichtungen sowie in der kommunalen Kinderbetreuung.
2. Angesichts der unberechenbaren Lage der Kommunen und der Auslastung der bayerischen Asyleinrichtungen soll unverzüglich in EASY (= System Erstverteilung der Asylsuchenden) eine Sperre hinterlegt werden, sodass die weitere Verteilung von Flüchtlingen nach Bayern unterbunden wird.
3. Die Fehlbelegung in den Asyleinrichtungen soll massiv reduziert werden, indem sämtliche vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer im Freistaat binnen Jahresfrist abgeschoben werden. Die Staatsregierung soll die hierfür notwendigen Ressourcen bereitstellen und den mit der Abschiebung beauftragten Behörden zur Verfügung stellen.

Der Landtag stellt fest, dass der Bund gemäß Verursacherprinzip für die Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten zu sorgen hat. Die Staatsregierung wird daher beauftragt, beim Bund darauf hinzuwirken, dass dieser seine Liegenschaften, beispielsweise Kasernen, bereitstellt. Soweit dies zeitnah nicht erfolgt, soll die Staatsregierung alle möglichen Maßnahmen zur Erlangung von Liegenschaften des Bundes prüfen und notfalls gerichtlich durchsetzen.

Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert, eine Garantie zum Schutz von Wohnraum in Privateigentum abzugeben. Dazu soll die Staatsregierung die Weisung erteilen, dass sämtliche Behörden im Freistaat bis auf Weiteres von den gesetzlichen Ermächtigungen zur Beschlagnahmung von Wohnraum in Privateigentum keinen Gebrauch machen dürfen.

Begründung:

Die bayerischen Kommunen befinden sich im Frühjahr 2023 in einer ähnlichen Situation wie im September 2015, es droht eine zweite „Herrschaft des Unrechts“: Die Grenzen sind für Asylbewerber und sonstige Flüchtlinge weit geöffnet, eine Kontrolle der Migrationsbewegungen findet nicht statt, gleichzeitig werden die Außengrenzen der Europäischen Union nicht effektiv geschützt, die Asyleinrichtungen des Freistaates befinden

sich an der Grenze zur Überlastung, die Landesbehörden sind zur konsequenten Abschiebung nicht einmal der vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer in der Lage und die weitere Zuwanderung wird durch „großzügige“ Einladungen der Bundesregierung an alle irgendwie bedrohten Menschen in unverantwortlicher Weise forciert (sog. Pull-Faktoren). In Zahlen ausgedrückt: 2022 sind seit Beginn des Ukraine Konflikts etwa 1 Mio. Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine¹ neben ungefähr 240 000 „gewöhnlichen“ Asylsuchenden² in Deutschland aufgenommen worden; die landesweite Auslastung der Asyleinrichtungen liegt bei derzeit fast 100 Prozent.

Angesichts dieser Lage sprechen Bürgermeister und Landräte seit Wochen von einer unberechenbaren Entwicklung.^{3 4} In jedem Fall ist eine weitere Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden in bayerischen Kommunen nicht mehr möglich. Stattdessen müssen diese dringend und mit aller Entschlossenheit entlastet werden.

Um die weitere Verschärfung der Situation zu vermeiden und um einen neueren staatlichen Kontrollverlust zu verhindern, sind eine Reihe von Akutmaßnahmen angezeigt, die eine mittel- bis langfristige Neuordnung des Asylwesens auf Europa- bzw. Bundesebene sowie eine Neuorganisation des Aufnahme- und Rückführungswesens auf Landesebene zwar nicht ersetzen, aber die Kommunen akut vor einem drohenden Zusammenbruch bewahren können.

Dazu braucht es zuallererst die Garantie, dass sämtliche Kosten der Kommunen, die infolge der unverantwortlichen Einwanderungspolitik der Bundesregierung entstehen und den Ländern überantwortet werden, im Zweifel durch den Freistaat übernommen und von diesem in vollem Umfang getragen werden. Obwohl die Kostenübernahme gem. Verursacherprinzip beim Bund liegen muss, darf Bayern seine Kommunen nicht „im Regen stehen“ lassen. Hier gilt es, mit verbindlichen Zusagen die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene zu erhalten.

Außerdem ist eine unverzügliche Sperre im bundesdeutschen Verteilungssystem EASY notwendig, um zumindest die Binnenverteilung von weiteren Flüchtlingen und Asylsuchenden zu beenden. Da die Aufnahmekapazitäten der bayerischen Aufnahmeeinrichtungen bereits jetzt erschöpft ist, muss hier die Notbremse gezogen werden. Die AfD-Fraktion fordert: Bayern zuerst!

Schließlich sind – als weitere Sofortmaßnahme – zur unmittelbaren Entlastung der Kommunen staatliche Kapazitäten dahingehend zu priorisieren und zu mobilisieren, dass die sogenannte Fehlbelegung in bayerischen Aufnahmeeinrichtungen beseitigt wird. Dazu gehört zuvorderst, die rund 8 000 vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer rechtssicher aus Bayern abzuschicken. Sämtliche verfügbaren staatlichen Ressourcen sind zu nutzen, um die Abschiebequote signifikant zu erhöhen, da die derzeitige Situation nicht nur die Kommunen über Gebühr strapaziert, sondern auch das Vertrauen der Bürger in eine effektive Rechtsdurchsetzung erschüttert.

Neben diesen in unmittelbarer Verantwortung des Freistaates liegenden Maßnahmen hat der Freistaat den Bund aufzufordern, verfügbare eigene Liegenschaften zur Unterbringung von Kriegsflüchtlingen und Asylsuchenden bereitzustellen. Sollten derartige Ersuchen kurzfristig ohne sichtbaren Erfolg bleiben, sind rechtliche Schritte bis hin zur Beschlagnahme von Bundesliegenschaften in Erwägung zu ziehen, rechtlich zu prüfen – und notfalls gerichtlich durchzusetzen. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass von gesetzlichen Ermächtigungen (etwa den Generalklauseln im Polizei- und Sicherheitsrecht) zur Beschlagnahme privaten Wohnraums Gebrauch gemacht wird. Die bayerischen Einwohner tragen keine Verantwortung für den drohenden Kontrollverlust des Staates und müssen vor etwaigen Belastungen geschont werden. Anderenfalls droht der Rechtsstaat erneut schweren Schaden zu nehmen.

¹ https://www.destatis.de/DE/Im-Fokus/Ukraine/Gesellschaft/_inhalt.html

² https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-dezember-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=3 - dort: Seite 6.

³ [https://www.abendzeitung-muenchen.de/bayern/landraete-schlagen-alarm-kein-platz-mehr-fuer-ge-fluechtete-es-laesst-verzweifeln-art-874435;](https://www.abendzeitung-muenchen.de/bayern/landraete-schlagen-alarm-kein-platz-mehr-fuer-ge-fluechtete-es-laesst-verzweifeln-art-874435)

⁴ <https://www.sueddeutsche.de/bayern/fluechtlinge-bayern-unterbringung-zelt-anschlag-1.5743838?reduced=true> ; <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/dachau/fluechtlinge-bayern-aufnahme-grenze-dachau-kritik-bundesregierung-1.5736382>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Richard Graupner, Stefan Löw, Christoph Maier, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/26943

Asylkrise beenden – Bayerische Kommunen nicht im Regen stehen lassen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Richard Graupner

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Karl Straub

Abg. Ralf Stadler

Abg. Toni Schuberl

Abg. Alexander Hold

Abg. Klaus Adelt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Hagen

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun zur Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Richard Graupner, Stefan Löw,
Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)**

Asylkrise beenden - Bayerische Kommunen nicht im Regen stehen lassen!

(Drs. 18/26943)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Richard Graupner das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Asyl- und Migrationskrise ist mit voller Wucht zurück. Im vergangenen Jahr sind ungefähr 240.000 Asylsuchende nach Deutschland geströmt; hinzu kamen etwa eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Die Folgen wie Wohnungsknappheit und erodierende innere Sicherheit sind für jedermann sichtbar; aber an den Schaltstellen der Macht sitzen weiterhin überzeugte Vaterlandsverächter und Überfremdungsfanatiker.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das widersprüchliche Agieren der Ampel-Regierung, allen voran von Innenministerin Faeser, ist verräterisch. Einerseits werden die selbst verursachten chaotischen Zustände beklagt, andererseits werden immer neue Anreize für Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlinge geschaffen. Und die Bayerische Staatsregierung? – Innenminister Herrmann hat schon im Dezember letzten Jahres öffentlich verkündet, Bayern sei mit seiner Aufnahmekapazität am Limit. Konsequenzen? – Fehlanzeige!

Die tatsächlich Leidtragenden dieser Entwicklung sind die Kommunen. Sie ächzen unüberhörbar unter den Folgen unverantwortlicher Altparteienpolitik. Besonders die Landkreise sehen sich bei der Unterbringung der Migrantenmassen mit unüberwindlichen Problemen belastet. Wohin mit all den Fremden?

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sie sind uns auch fremd!)

Infrastrukturelle Ressourcen wie im städtischen Bereich gibt es auf dem Land viel weniger. Zustände wie in Mecklenburg-Vorpommern, wo die Einwohner eines 500-Seele-Ortes sage und schreibe 400 Asylanten vor die Nase gesetzt bekommen haben, müssen in Bayern um jeden Preis verhindert werden.

(Beifall bei der AfD)

Angesichts des asylpolitischen Ampel-Amoks und des Totalversagens auch der Bayerischen Staatsregierung fordert die AfD-Fraktion ein Sofortprogramm, um die bayerischen Kommunen zumindest akut zu entlasten; dieses umfasst folgende Punkte:

Erstens. Der Freistaat übernimmt zunächst sämtliche migrationsbedingt anfallenden Kosten, von der Unterbringung über die Verwaltung bis hin zu Kinder- und Schulbetreuung.

Zweitens. Bayern hat es bisher versäumt, eine Sperre im zentralen bundesdeutschen Verteilersystem für Asylsuchende zu beantragen, dem sogenannten EASY-System. Diese Sperre muss sofort hinterlegt werden. Bayern darf keine weiteren Migrantenkontingente zugeteilt bekommen.

Drittens. Von den knapp 100.000 Migranten, die in bayerischen Asylunterkünften untergebracht sind, zählen etwa 17.000 als sogenannte Fehlbeleger. Das heißt, ginge es nach Recht und Gesetz, stünde diesen Leuten dort kein Platz zu. Etwa 8.000 von ihnen sind vollziehbar Ausreisepflichtige. Es ist ein weiterer Skandal allererster Güte, dass diese Leute überhaupt noch im Land sind. Wir fordern, sämtliche Ausreisepflichtigen im Freistaat binnen Jahresfrist abzuschieben.

In diesem Zusammenhang werden wir auch Anträge zur mittel- bis langfristigen Neuordnung des Rückführungswesens zeitnah einbringen; denn jeder Quadratmeter, der von einem Scheinasylanten belegt wird, fehlt bei der Unterbringung tatsächlich Asylberechtigter; er fehlt aber letztlich auch dem deutschen Arbeitnehmer, er fehlt der

deutschen Familie, also jenen, die mit ihren Steuern diesen ganzen Wahnsinn finanzieren müssen.

Wir fordern weiter von der Staatsregierung, den Bund als Verursacher der Migrationskrise um Bereitstellung seiner Liegenschaften zu ersuchen, beispielsweise ungenutzter Kasernen, und zur Not muss hier eine Beschlagnahme zumindest rechtlich geprüft werden. Wozu es aber keinesfalls kommen darf, ist die Beschlagnahmung privaten Wohnraums; denn die Bürger sind nicht für das Asylchaos verantwortlich, sondern neben den Kommunen die Hauptleidtragenden der gesamten Entwicklung.

Die AfD ist die einzige Partei, welche sich in der jetzigen Situation der Sorgen und Nöte der Kommunen tatsächlich annimmt. Unser Sofortprogramm sorgt für schnelle und effektive Entlastung. Allerdings: Eine langfristige Therapie des schwer angeschlagenen Patienten Deutschland kann nur in einer nachhaltigen Stärkung des Immunsystems liegen. Die Rezeptur besteht aus, erstens, lückenlosen Grenzkontrollen, zweitens einer Abschiebeoffensive und drittens einer Obergrenze von null für illegale Migranten.

Der Wähler hat es im Herbst selbst in der Hand. Er kann der einzigen politischen Kraft seine Stimme geben, die den Willen und die Kompetenz besitzt, die Therapie bis zum vollständigen Heilungsprozess unseres Landes durchzuführen, das ist die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Mikrofon. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Markus Bayerbach.

Markus Bayerbach (fraktionslos): Eine Frage: Die Kommunen sollen komplett entlastet werden, und vom Bund soll alles bezahlt werden. Gilt das auch für Kommunen, die sich als sicherer Hafen bezeichnen, die freiwillig noch mehr Migranten aufnehmen würden? Das setzt für mein Empfinden auch falsche Anreize.

Richard Graupner (AfD): Das ist natürlich eine sehr interessante Frage. Wir haben bei uns zum Beispiel vor Ort genau diese Situation gehabt. Man kann jetzt tatsächlich beobachten, dass dieselben Parteien, die noch vor nicht allzu langer Zeit diesen sicheren Häfen zugestimmt haben, jetzt ganz laut nach Hilfe schreien, entweder vom Freistaat oder vom Bund. Aber natürlich: Die Leidtragenden sind im Endeffekt die Bürger der Städte. Deswegen muss das hier überall unterschiedslos gehandhabt werden. Man kann nur hoffen, dass diejenigen, die in der Vergangenheit in den Kommunen für solche unsinnigen Anträge gestimmt haben, sich in Zukunft ihr Handeln besser überlegen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächster Redner ist Herr Karl Straub, CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer! Herr Graupner behauptet in seiner Rede, die AfD sei die einzige Partei, die sich dieses Problems annehme. Ich behaupte genau das Gegenteil. Die AfD ist die einzige Partei, die sich nicht um die Bevölkerung kümmert,

(Lachen bei der AfD)

die weiter zur Spaltung der Bevölkerung beiträgt und hier absolut unkonstruktive Beiträge einbringt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben über dieses Thema eine sehr ausführliche Debatte geführt. Sie vermischen ständig die Bereiche. Ich glaube, Sie haben nicht mitbekommen, dass die Kriminalitätsrate in Bayern auf dem niedrigsten Stand seit 46 Jahren ist. Hier Asyl- und Migrationspolitik mit Kriminalität zusammenzubringen, ist einfach nur populistisch. Sie stiften draußen Verunsicherung.

Ich glaube, das, was wir jetzt brauchen, ist ein Zusammenhalten der demokratischen Parteien. Wir haben heute einen Antrag gestellt, der tatsächlich dazu beiträgt. Sie wollen wieder spalten und hetzen.

Noch etwas zur Kostenübernahme, das Sie anscheinend nicht mitbekommen haben. Sie sollten dem Herrn Innenminister einmal zuhören. Bayern ist das Land, das die Kommunen in allen Bereichen sehr stark unterstützt. Ich glaube, mehr muss man zu diesem Antrag nicht sagen.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Stadler, Sie haben das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege. Ich muss schon einmal etwas dazu sagen. So geht es wirklich nicht! In welcher Blase leben Sie denn? Ich habe mir Ihre CSU-Seite schnell angesehen. Da stellt es mir die Haare auf. Ihr schreibt: Autoverbrennerverbot stoppen. Wer hat denn für all das gestimmt? – Das geht so weiter.

(Zurufe von der CSU)

Das ist eine komplette Blase. Ich glaube, Sie müssen wieder einmal richtig schöne Bürgernähe praktizieren; denn Sie befinden sich wirklich in einer Blase. Das ist ehrlich nicht mehr normal.

Jetzt kommen Sie mit einem solchen Schmarrn gegen die AfD daher. Gehen Sie einmal in sich! Gehen Sie wieder einmal auf die Straße! Machen Sie einmal ein paar Infostände, und sprechen Sie mit den Bürgern. Ich glaube, das ist besser.

(Alexander König (CSU): Sag einfach "ohne Worte", dann kannst du dich hinsetzen!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Straub, bitte.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Stadler, ich habe Sie leider Gottes akustisch nicht verstanden und bin relativ froh, dass ich Sie akustisch nicht verstanden habe. Ich bin sehr froh. Ich bin jetzt Hörgeräteträger. Wenn es von der sonstigen Akustik her gegangen wäre, hätte ich mein Hörgerät auf null gestellt, dann hätte ich Sie auch nicht gehört. Ich glaube, damit ist diese Zwischenfrage beantwortet. Ich kann es nicht.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich möchte nur noch einmal darauf aufmerksam machen, dass zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt ist. – Jetzt kommt Herr Toni Schuberl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, an die Reihe. Bitte, Herr Schuberl.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNEN hatten bereits im Mai letzten Jahres einen Antrag zu diesem Thema gestellt. Heute gab es dazu erneut einen Antrag von uns. Wir GRÜNE haben gefordert, dass die Kommunen in Bayern bei der Bewältigung der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützt werden. Die AfD hat diesen Antrag abgelehnt. Jetzt kommt die AfD mit einem Antrag auf Unterstützung der Kommunen, der auch noch schlecht gemacht ist.

Letzte Woche hatten wir im Verfassungsausschuss eine Debatte über Ukraine-Flüchtlinge. Die Wortmeldung des AfD-Abgeordneten Maier war sehr erhellend. Er macht gerne einen Rückgriff auf die Geschichte, besser gesagt: auf seine Interpretation der Geschichte. Zum Ende des Zweiten Weltkriegs haben sich laut Maier – ich zitiere – "die Polen und die Ukrainer [...] das deutsche Land sozusagen [...] unter den Nagel gerissen [...]. Und jetzt kommen noch mal 1,2 Millionen Ukrainer, die jetzt auch in Deutschland, auf unserem Territorium, leben wollen."

(Zuruf von der CSU: Unfassbar! Ekelhaft! – Zuruf von der AfD: Wo ist der Fehler?)

Das ist die Position der AfD. So diskutiert die AfD das Thema der Ukraine-Flüchtlinge. Darum geht es Ihnen. Das ist das Märchen vom Volk ohne Raum oder, wie Sie es heute nennen, das Märchen von der Umvolkung. Egal, wie Sie es nennen: Es ist reine Blut-und-Boden-Ideologie. Die bayerische Bevölkerung war, ist und wird solidarisch mit den Opfern dieses verbrecherischen Angriffskrieges sein, und sie lässt sich von Ihren angstschürenden Kampagnen nicht beirren.

Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Als nächsten Redner bitte ich Herrn Alexander Hold von der Fraktion der FREIEN WÄHLER an das Rednerpult.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ja, glücklich, wer sein Hörgerät auf null stellen kann, kann ich da nur sagen. Zum Antrag ist eigentlich alles gesagt, weil wir vorher lange genug über den Dringlichkeitsantrag der Regierungskoalition diskutiert haben.

Der Antrag der AfD enthält Horrorszenarien, die unsere Demokratiefeinde ganz rechts herbeireden möchten. Und warum? – Weil dies letzten Endes ihr einziger verlässlicher Nährboden ist. Da ist zum Beispiel von einer Herrschaft des Unrechts die Rede. Ganz ehrlich: Vor einer Herrschaft des Unrechts muss in Bayern niemand Angst haben. Klar: Die Kommunen stoßen an ihre Grenzen, was Unterbringung und Personal betrifft, aber an unserer konsequenten rechtsstaatlichen Ordnung rüttelt niemand – das schaffen auch nicht Sie, meine Damen und Herren von ganz rechts außen, auch wenn Sie letzten Endes davon träumen.

Die Belastung, die die Kommunen gerade ertragen, rührt übrigens nicht von den Asylsuchenden her. 2015 waren das – auch das passt wahrscheinlich nicht in Ihre Agenda – doppelt so viele wie 2022; 2016 waren es dreieinhalbmal so viele wie im Jahr 2022.

Nein, die Belastung rührt natürlich in erster Linie her von über einer Million Kriegsflüchtlingen aufgrund des widerlichen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Ich kann einfach nur ganz klar sagen: Wir in Bayern – wie auch ganz Deutschland – stehen zu unserer humanitären Verantwortung, den Menschen zu helfen, die von Putins Schergen in die Flucht geschlagen worden sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich sage extra noch einmal: Wir stehen genauso zu dieser humanitären Verantwortung, wie es unsere Vorfahren nach dem Zweiten Weltkrieg getan haben, als sie viel mehr flüchtende Menschen aufgenommen haben. Das war damals eine vom Krieg geschundene Nation, eine vom Krieg geschundene Bevölkerung. Die haben das letztlich auch geschafft. Wenn Sie schon mit blöden historischen Unwahrheiten kommen: Heute wollen die tatsächlich nicht alle auf Dauer bei uns leben. Warum sind sonst fünfmal so viele nur bis Polen geflüchtet? – Sie wollen wieder zurück in ihr Heimatland; das ist die Wahrheit bei der ganzen Sache.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ganz kurz noch zum Antrag: Die Forderungen sind Unsinn. Bayern tut mehr. Bayern stockt mehr auf als andere. Es lässt sich auch nicht herausrechnen, was an den Schulen letztlich ausgegeben wird. Bayern wird sich selbstverständlich nicht unsolidarisch aus der Verteilung ausklinken.

Sie wissen genau: Eine Abschiebung innerhalb eines Jahres ist zum Teil gar nicht möglich mangels Papieren, aufgrund ungeklärter Identität oder Ähnlichem. Das wissen Sie übrigens, weil Sie ja eine Anfrage im letzten Jahr gestellt haben; das hat Ihnen das Innenministerium genau beschrieben.

Wir lehnen den Antrag ab. Alles, was Sie hier darstellen, ist einfach Unsinn, aber die Wahrheit passt halt leider wieder einmal nicht in Ihr Fake-Weltbild.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Klaus Adelt von der SPD-Fraktion.

Klaus Adelt (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es hat eigentlich keinen Sinn, überhaupt auf diesen Antrag zu antworten, wenn wir als Vaterlandsverächter und als links-grüne Volksfeinde bezeichnet werden. Das sind keine Töne unter MdL und sonstigen Leuten. Das widerspricht jedem Anstand.

Bayerische Kommunen nicht im Regen stehen lassen – die AfD will ganz genau das Gegenteil mit solchen Fakes wie Enteignung und Beschlagnahmung von Wohnraum. Das ist völliger Quatsch; das ist im Grundgesetz gesichert. Der Antrag hat einzig und allein das Ziel, einen Nährboden für Aktionen zu schaffen. Ich nenne nur ein Beispiel: letzte Woche in Schwarzenbach an der Saale und in Zapfendorf. Fünfzig ortsfremde Personen kommen in die Sitzung und fotografieren diejenigen einzeln, die sich dafür einsetzen, dass Container aufgestellt werden, und sagen "Wer dafür stimmt, gehört abgestochen" und andere Dinge. Die Polizei muss den Sitzungssaal räumen. Das kommt genau von solchen Anträgen, und das wollt ihr haben.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der AfD)

– Genau das, und dazu stehe ich.

(Zuruf von der AfD: Unverschämtheit!)

– Dazu stehe ich. Das ist der Nährboden. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie am Mikrofon, Herr Adelt. Es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Stadler vor.

(Zuruf)

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Adelt, wer in einer Partei ist, die nicht einmal den Bürgerwillen umsetzt – ich sage nur: Berlin –, und wieder gegen die AfD hetzt, kann über den Antrag überhaupt nicht abstimmen. Sie haben überhaupt keinen Durchblick; das muss man ganz klar sagen.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie hetzen gegen uns. Was soll denn das? Sind Sie ein Parlamentarier, oder was? Sie sind doch gesteuert. Das kann doch nicht mehr sein! Wir stellen einen anständigen Antrag, und Sie schießen da rum. Das ist doch nicht mehr normal!

(Widerspruch bei der SPD)

Klaus Adelt (SPD): Herr Stadler, ich bin seit 38 Jahren in der Kommunalpolitik.

(Ralf Stadler (AfD): Da wird's lang! – Zurufe von der AfD)

Ich weiß genau, was in manchen Anträgen steckt.

(Widerspruch des Abgeordneten Ralf Stadler (AfD))

– Ganz genau. Wie heißt es so schön? Herr Stadler, habe die Ehre!

(Beifall – Zurufe von der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Martin Hagen.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor die Emotionen auf der rechten Seite jetzt noch völlig überkochen und jemand noch einen Herzkasper bekommt, fassen wir uns doch kurz: Die Vorredner haben alles Nötige zu diesem Antrag gesagt. Die AfD möchte, dass Bayern einen Flüchtlingsstopp zulasten der anderen 15 Bundesländer ausruft. Die AfD in den anderen 15 Bundesländern wird das

wahrscheinlich auch zulasten Bayerns tun. Das ist keine nachhaltige Lösung. Eine Lösung findet man gemeinsam und nicht zulasten der anderen Bundesländer in Deutschland. Wir lehnen diesen Antrag selbstverständlich ab.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hagen. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung, die ich jetzt eröffne.

(Namentliche Abstimmung von 19:04 bis 19:07 Uhr)

Sie haben noch zwei Minuten Zeit abzustimmen. – Ich darf unterdessen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU betreffend "Patientenorientiert, bedarfsgerecht, wohnortnah: Souveräne Krankenhausplanung, solide Krankenhausfinanzierung für Bayern" auf Drucksache 18/26942 bekannt geben. Mit Ja haben 89 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 69 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich darf auch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bezüglich des nachgezogenen Dringlichkeitsantrags der SPD-Fraktion betreffend "Krankenhausplanung ist Ländersache – Die Staatsregierung muss eine Zukunftsplanung für die bayerischen Kliniken vorlegen" auf Drucksache 18/26963 bekannt geben. Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 102 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Sie haben noch eine Minute Zeit, zum AfD-Antrag Ihre Stimme in namentlicher Abstimmung abzugeben.

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme in namentliche Abstimmung abgeben? – Das ist der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Das Ergebnis wird in Kürze bekannt gegeben.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD betreffend "Asylkrise beenden – Bayerische Kommunen nicht im Regen stehen lassen!" auf Drucksache 18/26943 bekannt. Mit Ja haben 14 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 125 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 2. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.02.2023 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Richard Graupner, Stefan Löw, Christoph Maier u. a. und Fraktion AfD; Asylkrise beenden - Bayerische Kommunen nicht im Regen stehen lassen! (Drucksache 18/26943)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Enghuber Matthias		X	
Adjei Benjamin		X		Fackler Wolfgang		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina			
Arnold Horst		X		Fischbach Matthias		X	
Atzinger Oskar	X			Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian		X	
Bachhuber Martin		X		Franke Anne		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Freller Karl			
Bauer Volker		X		Friedl Hans		X	
Baumgärtner Jürgen				Friedl Patrick		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried				Fuchs Barbara		X	
Bayerbach Markus		X		Füracker Albert			
Becher Johannes				Gehring Thomas		X	
Becker Barbara				Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten		X	
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal				Graupner Richard	X		
Brandl Alfons		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Güller Harald		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Guttenberger Petra			
von Brunn Florian		X		Häusler Johann		X	
Dr. Büchler Markus				Hagen Martin		X	
Busch Michael		X		Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Celina Kerstin		X		Halbleib Volkmar		X	
Dr. Cyron Anne	X			Hartmann Ludwig		X	
Deisenhofer Maximilian				Hauber Wolfgang		X	
Demirel Gülsüren				Haubrich Christina			
Dorow Alex				Hayn Elmar		X	
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans			
Duin Albert				Dr. Herrmann Florian		X	
Ebner-Steiner Katrin	X			Herrmann Joachim			
Eck Gerhard		X		Dr. Herz Leopold		X	
Eibl Manfred		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hierneis Christian		X	
Eisenreich Georg				Hiersemann Alexandra		X	
Enders Susann		X		Hintersberger Johannes			
				Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			X
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans			
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			X
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg			
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	14	125	2